

MITTAGSPOST

31.01. Ausgabe 02/2020

Fraktion

Nicht nur die Mehrheit der Bundesbürger ist der Meinung, dass der Bundestag langsam aber stetig zu viele Abgeordnete hat. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion wird das so gesehen. Tatsächlich hat das mit einem zunehmend differenzierten Wahlverhalten der Deutschen zu tun, das, aufgrund des Verhältniswahlrechts, zu einer höheren Anzahl der Mandate führt. Nun stellt sich die große Frage, wie wir als Gesetzgeber dem Wachstum Einhalt gebieten, ohne dabei unser bewährtes Wahlsystem zu beschneiden. Nach außen hin, stellt es sich so dar, dass die CDU Lösungsmöglichkeiten blockiert aus Angst um ihre Pfründe, was stimmt. Es sieht in der Öffentlichkeit aber auch so aus, als hätte die SPD keine Haltung dazu, was wiederum alles andere als wahr ist. In der Fraktion sind wir übereingekommen, dass wir von den vorliegenden Vorschlägen, dem am ehesten zustimmen, der die Zahl der Mandate deckelt. Das funktioniert folgendermaßen: Wir legen eine Höchstzahl an Bundestagsmandaten fest. Nach der Wahl bekommen alle direkt Gewählten ihr Mandat und zunächst auch all jene, die über die Liste anhand der Verhältniswahl gewählt wurden. Dann wird die Zahl der Listenmandate im Verhältnis zum Wahlergebnis so abgesenkt, dass die vorher bestimmte Höchstzahl der Mandate eingehalten wird. So werden sowohl das Mehrheitswahlrecht als auch das Verhältniswahlrecht nicht angetastet. Die Verhandlungen dazu laufen.

Plenum

Der Bundestag stand diese Woche ganz im Zeichen des **Gedenkens an die Befreiung von Auschwitz**. In der Gedenkstunde im Plenum am Mittwoch hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine sehr bewegende [Rede](#)



gehalten. Und im Paul-Löbe-Haus erinnern die Gemälde des Auschwitz-Überlebenden David Olère an das Grauen des Konzentrationslagers.

Wichtige Gesetze wurden aber natürlich auch verabschiedet. So wie das **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** (was für ein Wort!). Damit stärken wir finanziell mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen den ÖPNV in Gemeinden und Ländern. So ermöglichen wir umfassende Mobilität und schützen das Klima (mehr dazu [hier](#).) Außerdem errichten wir eine **Engagement- und Ehrenamtsstiftung** mit dem Ziel, das bürgerschaftliche Engagement auch auf Bundesebene zu stärken und auch finanziell zu fördern—insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Sitz der „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“, die jährlich 30 Millionen Euro für ihre Arbeit erhält, wird Neustrelitz.

Polizei 2020

Es ist eine Mammutaufgabe: Die zersplitterten Datensysteme der deutschen Polizei aus Bund und Ländern sollen zusammengeführt, neu geordnet und vereinheitlicht werden. Das Ziel ist, ein „Datenhaus der Polizei“, wie es BKA-Chef Holger Münch gerne nennt. Das ist deshalb so wichtig, damit Polizisten in Bund und Ländern jederzeit und überall Zugriff auf die Informationen haben, die sie benötigen, um ihre Aufgabe zu erfüllen (natürlich fall- und kompetenzgebunden). Zugleich soll dieses Verbundsystem helfen, kriminelle Muster frühzeitig zu erkennen und so schnellere Verhandlungserfolge zu erzielen. Soweit das Ziel, das uns, wenn erreicht, ermöglicht, datentechnisch „vor die Lage“ zu kommen. Wir, das heißt mein bayerischer Kollege Uli Grötsch und ich, haben uns diese Woche vom Bundesinnenministerium in punkto Polizei 2020 auf den neuesten Stand bringen lassen. Fest steht, dass der Name in die Irre führt, denn obgleich sichtbare Fortschritte gemacht wurden—abgeschlossen wird das Projekt in diesem Jahr keineswegs. Was wir bis jetzt haben, ist eine geordnete Ausgangsbasis und sinnvoll organisierte Verantwortlichkeiten. Das ist quasi der Startschuss um Hand in Hand mit den Polizeien der Länder die definierte Großbaustelle in besagtes Datenhaus umzuwandeln. Das wird kein Bauwerk, das zu einem Stichtag fertig gestellt wird. Vielmehr wird es, über einen längeren Zeitraum gestreckt, Stück für Stück Fortschritte geben. Das klingt auf Anhieb nicht so befriedigend, doch man muss sich bewusst sein, dass es sich bei Polizei 2020 nicht nur um ein IT-Projekt handelt. Es geht vielmehr um ein großes Umsteuern und Umdenken im Umgang mit Daten und den handelnden Personen, das letztlich auch die inhaltliche Arbeit deutlich verbessern wird. Was nicht mehr geht, ist, dass ein Bundesland nicht weiß, was ein Straftäter in einem anderen Bundesland möglicherweise noch auf dem Kerbholz hat. Diese Sicherheitslücke werden wir schließen.

Landesgruppe

Diese Woche mit einem neuen Vorstand! Am Montag haben wir den Kollegen Johann Saathoff erneut zu unserem Vorsitzenden gewählt und Falko Mohrs, Kerstin Tack, Uwe Schmidt und Lars Klingbeil zum Vorstand der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen. Herzlichen Glückwunsch!



Landes- und Bündnisverteidigung

In dem Fachgespräch ging es konkret darum, welche Folgen die vermehrten Anstrengungen der NATO für die Landes- und Bündnisverteidigung haben. Davon betroffen sind Bundesländer und Kommunen, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und die Sicherheitskräfte. Es geht dabei nicht nur um die anstehende NATO-Übung Defender Europe 2020, bei der Deutschland im Frühjahr als Logistikkreuzschiff funktioniert. Sondern es geht im Kern darum, dass die politische Debatte zur inneren Sicherheit im Verteidigungs- aber auch im Katastrophenfall verstärkt geführt werden muss. Wir stellen fest, dass weder Verwaltung, noch Ressourcen oder Ministerien auf Truppenbewegungen wirklich eingestellt sind. Abläufe und Ansprechpartner sind nicht immer geklärt. Um zu gewährleisten, dass die Staats- und Regierungsfunktion im Katastrophenfall aufrechterhalten bleibt, müssen wir uns diesen Fragen verstärkt widmen. Sie geraten in Friedenszeiten allzu leicht in Vergessenheit.